Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7461**

17. Wahlperiode 26. 10. 2011

Antrag

der Fraktion der SPD

Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung als Risiko für die Konjunktur

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die konjunkturelle Lage in Deutschland wendet sich. Bis zum Sommer 2011 profitierte die Bundesregierung von einem Wachstum, dessen Grundlagen die Vorgängerregierungen gelegt haben. Jetzt trübt sich die Konjunktur deutlich ein.

Zwei Jahre hat sich die Bundesregierung lediglich abwartend und ausweichend zur eskalierenden Staatsfinanzierungskrise in Griechenland verhalten, Entscheidungsbedarf im Euroraum geleugnet und Weichenstellungen hinausgezögert, um sich dann von den Märkten zu verspäteten und unzureichenden Schritten treiben zu lassen. Für Deutschland und Europa sind daraus wirtschaftliche Zukunftsrisiken erwachsen. Nach zwei Jahren ist jetzt die Schwelle erreicht, wo aus Risiken manifeste Gefahren werden: Das Herbstgutachten 2011 der Wirtschaftsforschungsinstitute stellt einen deutlichen Wachstumseinbruch in Aussicht.

In ihrem Herbstgutachten 2011 nehmen die beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognose für die weiteren Konjunkturaussichten spürbar zurück. Nach 3,7 Prozent im letzten und 2,9 Prozent in diesem Jahr wird ein reales Wachstum von nur noch 0,8 Prozent für 2012 erwartet. Im Frühjahr hatten die Institute für 2012 noch ein Wachstum von 2 Prozent vorausgesagt. Als Ursache dieses Wachstumseinbruchs machen die Institute insbesondere die europäische Schulden- und Vertrauenskrise aus. Nach ihrer Ansicht führt dies in Deutschland zu erheblichen Unsicherheiten bei Verbrauchern und Unternehmen, die ihre Ausgaben entsprechend zurückschrauben würden. Für das letzte Quartal 2011 wird sogar von einem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland ausgegangen.

Darüber hinaus kommen die Institute zum Ergebnis, dass die schwierige wirtschaftliche Lage einiger wichtiger Handelspartner das außenwirtschaftliche Umfeld so eintrüben, dass der Außenhandel nicht mehr zur Expansion der Wirtschaft beitragen kann. In Bezug auf den deutschen Arbeitsmarkt gehen die Institute von einem spürbar verlangsamten Abbau der Arbeitslosigkeit aus. Erwartet wird, dass die Arbeitslosenquote 2012 auf 6,7 Prozent sinkt. Damit wäre der Rückgang im kommenden Jahr aber weniger als halb so groß wie noch in diesem. Für den öffentlichen Finanzierungssaldo nehmen die Institute eine weitere leichte Verbesserung von –0,9 Prozent in 2011 auf –0,6 Prozent in 2012 an. Gleichwohl betonen sie, dass der Staatshaushalt nach wie vor strukturell unterfinanziert ist und die Finanzpolitik in Deutschland daher einen Konsolidierungskurs einschlagen muss. Ausdrücklich betonen die Institute den Vorbehalt, unter dem das von ihnen aufgezeigte Szenario steht, dass nämlich die Schulden- und

Vertrauenskrise schrittweise an Schärfe verliert und die Unsicherheit im Euroraum langsam wieder zurückgeht.

Die Institute kritisieren deutlich die Politik der europäischen Regierungen, die die Finanzprobleme im Euroraum nicht konsequent angingen, und stellen fest, dass eine Lösung der Staatsschuldenkrise nicht in Sicht sei. Nach Ansicht der Institute habe es vielmehr den Anschein, als sei die Politik von den Ereignissen getrieben.

Die Bundesregierung hat dazu durch ihre Politik des Zögerns und Zauderns maßgeblich beigetragen. Sie ist zum Zukunftsrisiko für Deutschland und Europa geworden. Denn nun wird deutlich, dass die schwelende Finanzkrise erneut auf die Realwirtschaft übergreift. Die Bundesregierung aber hat auch auf nationaler Ebene kein Konzept für eine aktive Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung der Konjunktur.

Unternehmen werten die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung als Risikofaktor, wie der DIHK – Deutsche Industrie- und Handelskammertag e. V. in einer Umfrage feststellt. Verunsicherte Unternehmen scheuen Investitionen. Das wird sich – neben der ungelösten Euroschuldenkrise – schmerzhaft auf die Realwirtschaft auswirken, wenn die Bundesregierung jetzt nicht handelt.

Um die Grundlagen unserer Volkswirtschaft zu stärken, braucht Deutschland vor allem mehr Investitionen. Die Schwäche der Binnenwirtschaft war in den letzten Jahren die Kehrseite der deutschen Exportabhängigkeit. Deshalb muss die hohe Abhängigkeit von den Risiken und Schwankungen des Weltmarktes durch eine gezielte Stärkung der Binnennachfrage flankiert werden. Ein Schlüssel sind Innovationen und Investitionen. Investitionen schaffen Arbeitsplätze, sorgen für zusätzliches Einkommen, beleben die Binnennachfrage und sichern die Wissensbasis unserer Volkswirtschaft. Deshalb braucht das Land eine Investitionsstrategie.

Angesichts der schwächelnden Konjunktur sind die von der Bundesregierung angekündigten Steuersenkungen von 6 bis 7 Mrd. Euro unverantwortlich. Die derzeit hohen Steuereinnahmen sind größtenteils auf die bislang gute Konjunktur zurückzuführen. Konjunkturbedingte Mehreinnahmen eröffnen, anders als von der Bundesregierung vorgegeben, keine Spielräume für dauerhafte Steuersenkungen. Wegen der nunmehr schlechter werdenden Wirtschaftslage ist künftig mit abnehmenden Steuereinnahmen zu rechnen. Steuersenkungen gefährden deshalb die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Außerdem berauben sie den Staat der Möglichkeit, durch seine Investitionstätigkeit einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums entgegenzuwirken. Gerade im Zeichen einer Konjunkturabkühlung kommt es auf einen handlungsfähigen Staat an. Statt ungedeckter Entlastungsversprechungen brauchen wir solide Staatsfinanzen.

In dieser Situation ist auch die von der Bundesregierung behauptete Notwendigkeit einer Bekämpfung der kalten Progression als Begründung für Steuersenkungen irreführend. Es ist unbestritten, dass es durch das Zusammenspiel von Lohnerhöhungen, Inflation und progressivem Steuertarif zu höheren Belastungen der Steuerpflichtigen kommen kann. Dieser als kalte Progression bezeichnete Effekt wurde allerdings in den letzten Jahren durch mehrere Tarifsenkungen mehr als kompensiert. Unter den Bundesfinanzministern Hans Eichel und Peer Steinbrück wurde der Einkommensteuertarif seit dem Jahr 2008 in mehreren Schritten gesenkt. Selbst die Bundesregierung musste im Juni diesen Jahres bestätigen, dass sich die „kalte Progression“ in den letzten Jahren nicht spürbar ausgewirkt hat. Bei Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen spielt die Belastung durch Sozialbeiträge im Übrigen eine wesentlich größere Rolle als die Steuern.

Die zunehmenden Konjunkturrisiken, die auslaufenden Effekte der Reformpolitik vergangener Bundesregierungen und die aktuellen Einschnitte bei der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung veranlassen auch die Arbeitsmarktforscher der Bundesagentur für Arbeit zu einer Warnung (Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – IAB – 19/2011); sie sehen schwerere Zeiten für den Arbeitsmarkt voraus und gehen davon aus, dass die Unternehmen wieder verstärkt auf Instrumente wie die Kurzarbeit zurückgreifen werden.

Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, dass die Bundesregierung das Erfolgsmodell aus der vergangenen Wirtschaftskrise zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes, die bisher bis März 2012 befristeten besonderen Regelungen zum Kurzarbeitergeld, bereits Ende 2011 auslaufen lassen will. Um bei zu erwartenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt infolge einer Abschwächung der Konjunktur zügig handeln zu können, müssen die in der letzten Wirtschaftskrise eingeführten Sonderregelungen zum erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld als ein dauerhaftes Instrument der Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen, das die Regierung ermächtigt, die Regelungen für einen solchen Fall per Rechtsverordnung kurzfristig in Kraft setzen zu können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- eine gezielte Investitionsstrategie zur nachhaltigen Stabilisierung der Konjunktur vorzulegen, die vor allem folgende Punkte beinhaltet:
  - ein Impulsprogramm für Investitionen zur Modernisierung der Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur,
  - Investitionen in Bildung und Qualifizierung, um die Fachkräftebasis dauerhaft zu sichern und Vollbeschäftigung zu erreichen,
  - Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovationen, um mit einer Intensivierung der Forschungsausgaben Wissen, Innovationen und Erfindungsreichtum als eine wesentliche Grundlage für wirtschaftliches Wachstum zu fördern,
  - eine steuerliche Förderung für Unternehmen, die real investieren, vor allem in den Bereichen Energie- und Ressourceneffizienz;
- auf ungedeckte Steuersenkungen zu verzichten und stattdessen für solide Staatsfinanzen zu sorgen. Die Absenkung der Neuverschuldung und die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen müssen den Vorrang vor einer Tarifsenkung in der Einkommensteuer haben;
- ein Gesetz vorzulegen, das so gefasst ist, dass die Sonderregelungen zum erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld als dauerhaftes Instrument der Arbeitsmarktpolitik so zur Verfügung stehen, dass sie durch die Bundesregierung per Rechtsverordnung bei Bedarf kurzfristig in Kraft gesetzt werden können.

Berlin, den 25. Oktober 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333